Handelsblatt

Handelsblatt print: Nr. 248 vom 22.12.2021 Seite 018 / Interview Unternehmen

MARKUS KREBBER

"Wir riskieren eine schleichende Deindustrialisierung"

RWE-Chef Markus Krebber fordert mehr Tempo beim Ausbau der Stromerzeugung - und knüpft den von der Regierung geplanten schnelleren Kohleausstieg an Bedingungen.

Peter Brors, Jürgen Flauger

RWE-Chef Markus Krebber fordert von der neuen Bundesregierung, den ambitionierten Ankündigungen bei der Energiewende rasch Taten folgen zu lassen: "Die Zeit drängt", sagt er. Der Chef von Deutschlands größtem Stromproduzenten fordert vor allem Tempo beim Ausbau der Stromerzeugung: "Es muss alles gebaut werden, was geht: Windenergie offshore und onshore, Solarenergie, Speicher." Seine Vorstellungen erläutert er im Gespräch mit dem Handelsblatt Herr Krebber, im Koalitionsvertrag spielt Energiepolitik eine große Rolle. Wie bewertet Deutschlands größter Stromproduzent das Papier?

Alle wichtigen energiepolitischen Themen, die auf die Agenda gehören, werden konkret benannt. Das ist sehr positiv.

Welche sind das konkret?

Die neue Regierung hat sich beispielsweise beim Ausbau der erneuerbaren Energien sehr ambitionierte Ziele gesetzt. Sie sieht die dringende Notwendigkeit, dass mehr Flächen bereitgestellt, die Planungsverfahren beschleunigt und die Netzanbindung verbessert wird. Auch der Aufbau der Wasserstoffwirtschaft, die Dekarbonisierung der Industrie und die Bedeutung der Gasinfrastruktur für die Versorgungsicherheit wurden aufgenommen. Mir gefällt vor allem, dass die Transformation im Dialog mit der Industrie angegangen werden soll. Bis auf ein paar wenige strittige Themen wird im Koalitionsvertrag die gewaltige Aufgabenstellung, vor der Deutschland steht, jedenfalls korrekt adressiert.

Was fehlt denn?

Die Koalition hat sich noch nicht daran gewagt, wie grüner Wasserstoff definiert werden soll. Da dürfte es vor allem mit der EU noch harte Diskussionen geben. Es fehlt zudem eine Position, wie sich die neue Regierung zur Debatte in der EU um die Taxonomie verhält, also um die Frage, ob Kernenergie als Beitrag zum Klimaschutz eingestuft wird und ob das auch für Gas gilt. Letzteres ist in meinen Augen sehr wichtig. Und das Thema Nord Stream 2 wurde ausgeklammert.

Sie sprechen von "ambitionierten Zielen". Ist das nicht eine Verharmlosung? Wir haben über eine Studie des Kölner EWI berichtet, wonach allein bei der Solarenergie pro Jahr 14,6 Gigawatt (GW) neu installiert werden müssen, wenn die Ziele erreicht werden sollen. In den letzten zehn Jahren waren es im Schnitt gerade einmal vier GW pro Jahr.

Die Ziele sind eine Herausforderung - aber ich halte genau das für richtig. Dann weiß jeder, worum es geht. Jetzt muss nur auch schnell geklärt werden, wie diese Ziele erreicht werden sollen. Deutschland muss das Tempo erhöhen - und zwar rasch. Ob die Transformation dann am Ende doch ein oder zwei Jahre länger dauert, ist zweitrangig. Hauptsache, der Weg ist der richtige - und wir legen zügig los.

Wie groß ist der Zeitdruck?

Die Zeit drängt. Wenn Deutschland die Ziele für 2030 erreichen will, braucht es Ende nächsten Jahres Klarheit über alle relevanten Rahmenbedingungen. Zum Beispiel, wie der Ausbau der erneuerbaren Energien und die Genehmigungsverfahren für die Netze konkret beschleunigt werden. Es muss auch klar sein, wie die Wasserstoffwirtschaft aufgebaut - und wie die Versorgungssicherheit gewährleistet wird. Danach dauert es ja immer noch drei, vier Jahre, bis die Beschleunigung erst richtig wirkt. Bei neuen Gaskraftwerken wird es sogar eher sechs bis sieben Jahre dauern, bis die ersten in Betrieb gehen.

Wie ernst steht es um unsere Energieversorgung?

Die aktuell extrem hohen Energiepreise haben viele Gründe. In Europa liegt das auch daran, dass sich das Angebot in den vergangenen Jahren massiv verknappt hat. Es wurden mehr alte Anlagen stillgelegt als neue gebaut. Nach vorn geschaut heißt das: Wir müssen uns erst einmal um den Neubau kümmern, damit wir eine noch frühere Abschaltung der Kohlekraftwerke schaffen. Beim Neubau geht es nicht nur um erneuerbare Energien, sondern auch um Kraftwerke, die Strom liefern, wenn Wind- und Solarenergie witterungsbedingt nicht zur Verfügung stehen.

Sehen Sie die Gefahr, dass wir bald nicht mehr genug Strom haben werden, dass es die befürchtete Stromlücke gibt?

Die Stromerzeugung muss jedenfalls dringend und schnell ausgebaut werden. An einigen Tagen reichen die Kapazitäten schon jetzt kaum aus. Angebot und Nachfrage werden dann dadurch ausgeglichen, dass die Nachfrage gedrückt wird. Es gibt Unternehmen, die regelmäßig ihre Produktion drosseln, weil sie mehr verdienen, wenn sie ihre Strombezüge gegen hohe Strompreise verkaufen, als wenn sie weiterproduzieren. Wenn das zur Regel wird, riskieren wir eine schleichende Deindustrialisierung.

Wie kann das verhindert werden?

Es muss alles gebaut werden, was geht: Windenergie offshore und onshore, Solarenergie, Speicher. Die größte Herausforderung ist aber der Bau von Gaskraftwerken, die später auf Wasserstoff umgestellt werden können.

In der EWI-Studie ist von Gaskraftwerken mit 23 Gigawatt die Rede, das entspricht 23 Atomkraftwerken.

Ob es 20 oder 30 Gigawatt sind, darüber kann man streiten. Aber ja, wir brauchen deutlich mehr Gaskraftwerke.

In der Vergangenheit hatten Koalitionsverträge meist große Auswirkung auf RWE. Vor vier Jahren wurde der Kohleausstieg eingeleitet. Was bedeutet der aktuelle Vertrag für Ihren Konzern?

Wenn die Ziele erreicht werden, ist der Koalitionsvertrag für uns eine Riesenchance. Unsere Strategie passt punktgenau. Wir wollen ja explizit erneuerbare Energien ausbauen, in Versorgungssicherheit investieren und Elektrolysekapazitäten für Wasserstoff aufbauen. Gerade in Deutschland ist RWE exzellent positioniert.

Sie hatten vor einem Monat angekündigt, bis 2030 rund 50 Milliarden Euro zu investieren, überwiegend in Ihr neues Kerngeschäft erneuerbare Energien. Wie viel davon in Deutschland?

Bis zu 15 Milliarden Euro. Wenn es gut läuft, kann das aber auch noch mehr werden. RWE will eine relevante Rolle bei der Transformation spielen. Schließlich haben wir auf allen Stufen Know-how: vom Bau von Wind- und Solaranlagen über den Betrieb von Gaskraftwerken bis zum Thema Wasserstoff. RWE wird in jedem Feld, das im Koalitionsvertrag genannt wird, investieren - und zwar signifikant. Aktuell stellen wir allein 200 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ein, um Projekte in den Regionen voranzubringen. Mit neuen Büros verstärkt RWE die Präsenz in der Fläche.

In der Vergangenheit war RWE der Dinosaurier, der zu lange an Atom und Kohle festgehalten hat. Nicht zuletzt seit dem Konflikt um den Hambacher Forst ist Ihr Image in der Bevölkerung schlecht. Wie ernst kann man die neue, grüne RWE nehmen?

Es braucht Geduld, bis wir allen unsere neue Strategie vermittelt haben. In der Politik und in der Industrie, bei allen Gesprächspartnern, die für uns relevant sind, nehme ich aber heute schon keine Vorbehalte mehr wahr. Es ist ein sehr offener, vertrauenswürdiger und konstruktiver Dialog. Man ist nicht immer einer Meinung, aber das ist normal. Statt in die Vergangenheit schauen wir in die Zukunft. RWE wird für die Transformation gebraucht - und die Politik weiß das.

Einige Investoren lehnen nach wie vor ein Investment in RWE ab, weil Sie eben auch noch Deutschlands Kohlekonzern Nummer eins sind. Muss RWE nicht selbst den Kohleausstieg vorantreiben?

Man kann ein Unternehmen nicht gegen den gesellschaftlichen Willen führen. Es gibt in Deutschland den klaren Wunsch, die Kohleförderung und - verstromung früher zu beenden - möglichst 2030. RWE ist dazu bereit. Entscheidend ist aber, dass auch dann noch genügend Strom zur Verfügung steht. Das muss vorab geklärt werden. Deutschland hat ja schon die Entscheidung getroffen, auch aus der Kernenergie auszusteigen. Deshalb gibt es gleich eine doppelte Herausforderung: Es braucht Investitionen in erneuerbare Energien und in Gaskraftwerke.

Wird auch RWE neue Gaskraftwerke bauen?

Ja, wir wollen mindestens zwei Gigawatt installieren, bevorzugt an unseren Kohlekraftwerksstandorten, an denen es schon Netzanschlüsse gibt. Die Rahmenbedingungen müssen aber stimmen.

Inwiefern?

Es muss eine Vergütung für die Kapazitätsbereitstellung geben, die die Wirtschaftlichkeit der Anlagen sicherstellt. Die Gaskraftwerke werden über die Zeit immer weniger produzieren. Sie sollen vor allem für den Fall bereitstehen, wenn Windund Solarenergie nicht liefern. Und es muss klar aufgezeigt werden, wie Gasanlagen künftig grün werden. Sie müssen bei der Taxonomie als klimafreundlich anerkannt werden, weil sie Kohlekraftwerke ersetzen, genauso wie die Franzosen das für die Kernenergie fordern. Und es muss klar sein, wie das Wasserstoffnetz aufgebaut wird, aus dem perspektivisch die Gaskraftwerke gespeist werden. Niemand wird wieder in neue fossile Technologien investieren, die keine grüne Zukunft haben.

Glauben Sie, dass die deutsche Energiebranche die nötigen Gaskraftwerke bauen kann?

Ja. Wenn die Voraussetzungen stimmen. Aber die Zeit drängt. Die Branche braucht schnell Klarheit, um die Investitionen anzuschieben.

Verbraucher und Industrie stöhnen unter den drastisch gestiegenen Energiepreisen. Müssen wir uns daran gewöhnen?

Der Energiemarkt ist derzeit hochgradig nervös und reagiert empfindlich auf politische Signale. Der Strompreis liegt aktuell bei über 200 Euro je Megawattstunde - vor wenigen Jahren waren wir noch bei um die 20 Euro. Und der Gaspreis hat sich innerhalb weniger Monate vervielfacht. In diesem Winter ist das schon extrem, aber das wird sich wieder beruhigen. Wir müssen uns aber mittelfristig auf höhere Energiepreise einstellen - und vor allem auf größere Schwankungen.

Warum?

Es wird seit Jahren weniger in die Exploration von fossilen Energien investiert, nicht zuletzt wegen des Klimaschutzes. Das Angebot wird knapper und kann bei einer plötzlich steigenden Nachfrage nicht so elastisch reagieren wie in der Vergangenheit.

Was heißt das für die Verbraucher?

Beim Strom wird der Anstieg der Großhandelspreise zum Teil abgefedert. Die EEG-Umlage soll ja abgeschafft und die Stromsteuer eventuell reduziert werden. Bei Gas gibt es diese dämpfenden Effekte aber nicht. Gas wird tendenziell deutlich teurer sein, als die Verbraucher das gewohnt sind. Aber das ist ja auch politisch gewollt.

Der Verbraucher muss sich also damit abfinden?

Fossile Energieträger sollen ja teurer werden. Nur dann gibt es genügend Anreize, beispielsweise die Heizung auf eine Wärmepumpe umzustellen. Ich würde davon abraten, energiepolitisch gegen die hohen fossilen Energiepreise zu steuern. Das sind ja genau die Signale, die gewünscht sind. Wenn die Politik die Verbraucher entlasten will, dann sollte man über sozialpolitische Maßnahmen nachdenken.

Endlich hat RWE wieder eine Zukunft - und gilt schon als Übernahmekandidat. Speziell die Ölkonzerne, die selbst in grüne Energien investieren müssen, gelten als potenzielle Interessenten. Werden Sie Ihre neue Strategie überhaupt noch umsetzen können?

Ich sehe Spekulationen um eine Übernahme gelassen. Meiner Meinung nach ist die Wahrscheinlichkeit, dass wir in der Branche sehr große Transaktionen sehen werden, sehr gering.

Warum?

Weil der Markt für erneuerbare Energien weltweit sehr stark wächst. Es gibt genug Platz für viele Spieler und einfachere Möglichkeiten zu wachsen als durch eine große Übernahme. Bei so etwas ist man sehr lange mit der Integration beschäftigt und verliert den Blick auf den Markt. Solange es in unserer Branche so ein starkes Wachstum gibt, erwarte ich keine große Konsolidierungswelle. Die wird erst kommen, wenn das Wachstum abflacht.

Aber wie will RWE denn gegen die mächtigen Ölkonzerne bestehen, wenn die mit ihrer Finanzkraft in den Markt drängen?

Es reicht nicht, große Ambitionen und viel Geld zu haben. Große Ambitionen kann jeder haben - und Geld ist im derzeitigen Marktumfeld nicht der Engpass. Sie müssen die richtigen Teams haben, und sie müssen das Geschäft verstehen. Wenn ich mir allein die Entwicklung der Offshore-Windenergie in diesem Jahr anschaue, in dem viele Projekte vergeben wurden, bin ich sehr zufrieden. Wir haben Auktionen in Großbritannien und in Deutschland gewonnen, wir haben in Polen einen Zuschlag bekommen und auch in Dänemark. Erfolgreicher hätte RWE im Offshore-Bereich nicht sein können.

Wo wird RWE am Ende des Jahrzehnts in dem Geschäft stehen?

Ich glaube, in den nächsten zehn Jahren werden sich einige globale Offshore-Champions herausbilden. Vielleicht sechs bis acht Unternehmen, die weltweit Windparks auf See bauen - so wie heute die Ölkonzerne global agieren. Zu diesen globalen Champions wird RWE gehören.

Herr Krebber, vielen Dank für das Interview.

Die Fragen stellten Peter Brors und Jürgen Flauger.

Kasten: ZITATE FAKTEN MEINUNGEN

Der Energiemarkt ist derzeit hochgradig nervös und reagiert empfindlich auf politische Signale.

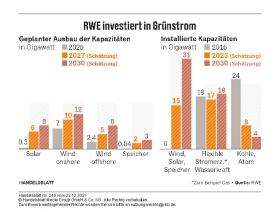
Vita

Der Manager Markus Krebber steht seit dem 1. Mai an der Spitze von RWE. Er löste Rolf Martin Schmitz ab, dem er zuvor fünf Jahre lang als Finanzvorstand an der Seite stand. Der 48-Jährige war 2012 aus der Bankbranche zum Stromproduzenten gewechselt. Der Bankkaufmann und Wirtschaftswissenschaftler hatte sieben Jahre für die Commerzbank gearbeitet, zuletzt als Bereichsvorstand Group Finance.

Das Unternehmen RWE ist Deutschlands größter Stromproduzent und mit seinen

Kohlekraftwerken und dem Braunkohletagebau noch eines der größten Feindbilder der Umweltschützer. Der Konzern hat eine radikale Transformation eingeleitet. Die erneuerbaren Energien sind das neue Kerngeschäft. Bis 2030 will RWE 50 Milliarden Euro in die Transformation investieren und spätestens bis 2040 klimaneutral werden.

Brors, Peter Flauger, Jürgen



 Quelle:
 Handelsblatt print: Nr. 248 vom 22.12.2021 Seite 018

 Ressort:
 Interview Unternehmen

 Branche:
 ENE-01 Alternative Energie B ENE-16 Strom B ENE-16-01 Stromerzeugung P4911

 Börsensegment:
 dax ICB7575 stoxx

 Dokumentnummer:
 3076A7F5-73C4-428E-B4C2-A65216F4AEBE

Dauerhafte Adresse des Dokuments:

https://www.wiso-net.de/document/HB 3076A7F5-73C4-428E-B4C2-A65216F4AEBE%7CHBPM 3076A7F5-73C4-428E-B4C2-A65216F4AEBE%7C4-428E-A65216A7F5-A65216A7F5-A65216A7F5-A65216A7F5-A65216A7F5-A65216A7F5-A65216A7F5-A65216A7F5-A65216A7F5-A65216A7F5-A65216A7F5-A65216A7F5-A65216A7F5-A65216A7F5-A65216A7F5-A65216A7F5-A65216A7F5-A65216A7F5-A65216A7F5-A65216A75-A65216A7F5-A65216A75-A65216A7

Alle Rechte vorbehalten: (c) Handelsblatt GmbH

© GBI-Genios Deutsche Wirtschaftsdatenbank GmbH